

“Dein Wille geschehe” – Den nächsten Krieg nicht schicksalsergeben hinnehmen

Aufruf des Forum Friedensethik in der evangelischen Landeskirche in Baden

Zusammenfassende Thesen, die komprimiert einen Überblick verschaffen sollen, was in den Abschnitten des Aufrufs zu erwarten ist.

These 1: Der in den Kirchen über lange Zeit aufgebaute Konsens einer “vorrangigen Option für Gewaltfreiheit” und das Postulat des “Gerechten Friedens” geht in einem friedensethischen Dammbbruch verloren. Der Gedanke der “ultima ratio” legitimiert erneut den Krieg als Mittel der Politik. Kirchliche Stellungnahmen büßen ihre Kraft zu einer Begrenzung von Gewalt ein und werden von den politischen Akteuren ignoriert.

These 2: Gegen die Forderungen kirchlicher Friedensethik befreien sich USA und NATO von den völkerrechtlichen Grundlagen. Im Kosovo hat sich die Nato selbst mandatiert. In Afghanistan wird der Krieg ohne völkerrechtliche Grundlage geführt.

These 3: Der Eindruck drängt sich auf, dass die Menschenrechts-Argumentation mehr und mehr durch Interessenpolitik verdrängt wird. Zivile Mittel zur Konfliktbewältigung werden nicht ausgeschöpft.

These 4: In Afghanistan erscheinen die öffentlich genannten Kriegsgründe vorgeschoben. Die Interessen an dortigen Ölvorkommen sind schon länger bekannt. Die USA haben in der Vergangenheit verschiedene Bürgerkriegsparteien unterstützt, zuletzt auch die jetzt bekämpften Taliban. Die in Kauf genommenen Opfer unter der Zivilbevölkerung nehmen der Bekundung einer humanitären Intervention die Glaubwürdigkeit. Deutschland hat sich in den Krieg hineinziehen lassen und ist daher mitverantwortlich für die Kriegsziele. Es ist nicht nur Ordnungsmacht, sondern stützt eine Übergangsregierung in dem Machtkampf rivalisierender Gruppen. An direkten militärischen Einsätzen im Guerilla-Krieg ist die Bundeswehr bereits beteiligt.

These 5: Die USA nehmen den Irak ins Visier. Die Begründungen wechseln. Die Absicht eines Systemwechsels bedeutet Legitimierung des Faustrechts in internationalen Beziehungen. Ein echtes System kollektiver Sicherheit kann so nicht entstehen. Die Sprache der USA mit ihren Anleihen am christlichen Fundamentalismus (“das Böse”) untergräbt die Glaubwürdigkeit christlicher Verkündigung. Diesem Missbrauch müssen wir kritisch entgegenreten.

These 6: Die undeutliche Prognose über die Länge des Kampfes gegen den Terrorismus bedeutet einen Kriegszustand in Permanenz. Die damit verbundene Hegemonie der USA zusammen mit deren Rüstungspolitik beschwört Konflikte mit den anderen Atomgroßmächten Russland und China herauf. Im Zuge der Globalisierung ist ein “Hungerkrieg der Reichen gegen die Armen” zu befürchten.

These 7: Erkennbar sind Tendenzen, auch Atomwaffen neuer Qualität einsetzbar zu machen. Damit vergrößert sich die Gefahr eines neuerlichen Atomrüstungswettlaufes. Auch Terroristen könnten in den Besitz solcher Waffen gelangen. Die von diesen Waffen ausgehenden Gefahren waren der Grund, weshalb die Kirchen den Kriegsdienst problematisiert hatten. Ihre Forderungen nach Senkung des Rüstungsniveaus sind erneut zu aktualisieren. In der EKD galt seit 1981, dass Christen unter der Bedingung von Atomrüstung nur noch dienen können, wenn gleichzeitig die Konzeption eines gerechten Friedens umgesetzt wird. Die ethische Bewertung des Kriegsdienstes und der Sicherheitspolitik muss erfolgen unter Berücksichtigung neuerlicher Atomkriegsgefahr.

These 8: Christen dürfen sich nicht den Mächten des totalen Marktes resignierend unterwerfen. Mit den Bitten des Vaterunser werden Wege der Selbstbesinnung und der Ermutigung zu deutlichem Wort und Handeln aufgezeigt. Der Ruf zur Nachfolge lässt sich nicht relativieren mit dem Hinweis auf begrenzte Einsicht und Schwäche der Nachfolger.

These 9: “Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein!” Diese Amsterdamer Formulierung von 1948 gilt ungebrochen und braucht die Umsetzung in Predigt, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der Kirchen. Konfliktverschärfende wirtschaftliche Interessen gehören aufgedeckt. Zivile Bearbeitung von Konflikten braucht Förderung. Die Globalisierungsprozesse dürfen nicht zu einem Auseinanderdriften der Schere zwischen Arm und Reich führen und damit neuen Nährboden für Terrorismus bieten. Vergeltungsdenken ist ungeeignet zum Widerstand gegen das Böse. Die Bitte “Vergib uns unsere Schuld” macht deutlich, dass auch wir durch unseren Lebensstil in die Strukturen von Ungerechtigkeit eingebunden sind. Gewalt gegen die sogenannte zivilisierte Welt kommt nicht nur von außen, sondern geht auch von ihr selbst aus.

These 10: Als Christen in Deutschland sind wir in besonderer Solidarität mit Israel, aus gemeinsamem Bezug zur biblischen Botschaft und Erinnerung an die deutsche Schuld gegenüber den Juden. Das kann aber nicht zu unkritischer Haltung gegenüber israelischer Regierungspolitik führen. Wir sehen in der Siedlungs- und Besatzungspolitik eine fortgesetzte Gefahr für den Weltfrieden. Nur mit solcher Kritik können wir glaubwürdig auch von den Palästinensern einen Gewaltverzicht fordern.

These 11: Wir brauchen in Deutschland den öffentlichen Diskurs zur Friedensfrage. Auskunftsverweigerung mit dem Hinweis auf Komplexität oder Vertraulichkeit oder Bündnisraison steht dem häufig im Wege. Kirche und Christen sollen hierfür Räume schaffen, damit friedensethische Erkenntnisse politikfähig werden.

These 12: Zum ernsthaften Gebet gehört das Bemühen um Aufklärung der Grundlagen gegenwärtiger Konfliktsituationen. Wer sich im Gebet dem göttlichen Du öffnet, wird sich dem Nächsten nicht verschließen können und dürfen. So wird eine Barriere gegen Hass wirksam. Die Gemeinschaft im Beten durch verschiedene Konfessionen hindurch und auch die Suche nach Begegnung mit anderen Religionen soll als friedensförderndes Potential wirken.

These 13: Gewalt hat viele Gesichter. Es ist zu begrüßen, dass auch in unserer Landeskirche die Ökumenische Dekade zur Überwindung von Gewalt mit vielen Aktivitäten anläuft. Die sich zuspitzenden internationalen Konflikte, die Gewalt der Terrorakte, der Militärhaushalte und bindungslosen Kapitalströme bedarf besonderer Beachtung – um unser aller christlich-ethischer Glaubwürdigkeit willen.

1. Ein fruchtloser Konsens und ein friedensethischer Dambruch

Die Debatten im deutschen Bundestag werden bestimmt von einer großen Koalition derer, welche die “Tabuisierung des Militärischen” – so der Bundeskanzler – hinter sich gelassen haben. Die Öffentlichkeit scheint kaum zu bemerken, dass sich hier ein friedenspolitischer und friedensethischer Dambruch ereignet: Krieg wird wieder zum Mittel der Politik – mit allen vorhersehbaren Folgen.

Noch in seiner jüngsten Verlautbarung zur Friedensfrage vom 7./8. September 2001 (“Friedensethik in der Bewährung – Eine Zwischenbilanz”) – hatte der Rat der EKD bekräftigt, dass Christen eine “vorrangige Option für die Gewaltfreiheit” vertreten. Das Hirtenwort der deutschen katholischen Bischöfe vom 27. September 2000 “Gerechter Friede” hatte sich einleitend ausdrücklich auf eine zentrale friedensethische Aussage der Ökumenischen Versammlung in der DDR (1989) bezogen und bekräftigt: “Mit der notwendigen Überwindung der Institution des Krieges kommt auch die Lehre vom gerechten Krieg, durch welchen die Kirchen den Krieg zu humanisieren hofften, an ein Ende. Daher muss schon jetzt eine Lehre vom gerechten Frieden entwickelt werden, die zugleich theologisch begründet und dialogoffen auf allgemein menschliche Werte bezogen ist.” In der vorgenannten Stellungnahme der EKD wird der Leitbegriff des Hirtenwortes ausdrücklich übernommen.

Es gab einen breiten Konsens dahingehend, dass Christen und Christinnen für einen “gerechten Frieden” eintreten. Sie unterstützen eine Politik, die an einem umfassenden Sicherheitsbegriff orientiert ist. Darin ist die Bekämpfung der Armut und Unterdrückung in der Welt von höchster Priorität, denn diese sind Nährboden terroristischer und kriegerischer Gewalt. Gefordert ist ferner das beharrliche Eintreten für die Weiterentwicklung völkerrechtlicher Institutionen und Regelungen, die dazu geeignet sind, auch in den Beziehungen zwischen den Völkern und Ethnien das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechtes zu ersetzen. Nur so lässt sich in einer vernetzten und zunehmend technisierten Welt nachhaltig Frieden herstellen und sichern. Selbst diejenigen, die meinten, in Fällen extremer völkermörderischer Gewalt auf die “ultima ratio” militärischer Gewalt nicht verzichten zu können, wollten diese gleichwohl nur als äußersten Grenzfall gelten lassen. Vertreter und Gegner der Denkfigur der “ultima ratio” waren sich grundsätzlich darin einig, “dass alle Handlungsspielräume genutzt werden, um Konflikte ursachenorientiert, präventiv und gewaltfrei zu bearbeiten, so dass der Grenzfall militärischer Einsätze wirklich Grenzfall bleibt.” (EKD-Synode 1993). Noch die meisten Erklärungen einzelner Amtsträger und kirchlicher Gremien aus den letzten Wochen folgen in ihrer Argumentation dem Muster dieses Konsenses.

Aber diese Äußerungen haben den Dambruch nicht verhindert und nicht einmal benannt. Nahezu diskussionslos werden jetzt alle einschränkenden Bedingungen, mit denen in den kirchlichen Stellungnahmen der letzten Zeit das Ja zur "ultima ratio" versehen worden war, von den politischen Akteuren ignoriert. Folgen hat das auf kirchlicher Seite bisher kaum gehabt. Aus dem Grenzfall droht der Normalfall zu werden. Dem ist um der Glaubwürdigkeit unseres christlichen Zeugnisses willen zu widerstehen.

2. Statt Bindung an Völkerrecht Re-Legitimierung des Faustrechtes

Bei ihrer Kriegführung haben sich USA und NATO entgegen den Forderungen aller kirchlichen Grundtexte immer mehr von lästigen Fesseln des Rechtes befreit. Der Zweite Golfkrieg wurde 1991 noch mit einem ausdrücklichen Mandat des UN-Sicherheitsrates geführt. Im Kosovo-Krieg erfolgte 1999 zum ersten Mal eine völkerrechtswidrige Selbstmandatierung der NATO. Zum gegenwärtigen Afghanistan-Krieg hat sich die NATO-Vormacht praktisch ohne Rücksicht auf völkerrechtliche Regelungen entschlossen. Der UN-Sicherheitsrat hatte entgegen einem weit verbreiteten Irrtum nach dem 11. 9.2001 lediglich das Recht der Staaten auf Selbstverteidigung bei einem unprovokierten Angriff bekräftigt, aber ausdrücklich auf den "Rahmen der Charta der UN" verwiesen. Anders als beim Golfkrieg erteilte er kein ausdrückliches Mandat zur konkreten militärischen Intervention.

3. Statt "ultima ratio" der Menschenrechte Rückkehr der Interessenpolitik

Im Zweiten Golf-Krieg ging es 1991 um die Wiederherstellung der Souveränität Kuweits und die Neutralisierung der Macht eines Diktators, der im ersten Golf-Krieg noch Verbündeter des Westens gewesen war. Nach dem Ende der Kampfhandlungen kontrollierten die USA die ölreiche Region militärisch. 1999 sollte im Kosovo mit kriegerischer Gewalt ein Genozid an Albanern verhindert werden. Dass ein solcher geplant war oder begonnen hatte wurde nie bewiesen. Bezeichnenderweise wird der ehemalige serbische Präsident Milosević vor dem Haager Kriegsverbrechertribunal nicht des Völkermords, begangen an Kosovo-Albanern, beschuldigt. Bei Beginn des NATO-Krieges gegen Serbien waren die zivilen Mittel zur Lösung des Konfliktes keineswegs ausgeschöpft. Am Ende hatte die NATO ihre neue interventionistische Militärdoktrin etabliert und eine faktische Südosterweiterung vorgenommen.

Der noch andauernde amerikanische Krieg in Afghanistan zielte zunächst auf die Bekämpfung von Terroristen, die für die New Yorker Anschläge vom vergangenen September verantwortlich gemacht wurden. Ernsthafte Versuche, mit zivilen und polizeilichen Mitteln auf das spektakuläre Verbrechen zu reagieren, hat es von Seiten der USA nicht gegeben. Überzeugende Beweise für die Schuld der in Afghanistan vermuteten Täter wurden nie vorgelegt. Viele Ungereimtheiten in der offiziellen Darstellung des Verbrechens wurden nie ernsthaft aufgeklärt. Die Forderung nach Auslieferung des in Afghanistan vermuteten Hauptverantwortlichen wurde mit einem Ultimatum so verbunden, dass keine Alternative zum Militäreinsatz ernsthaft geprüft werden konnte. Später wurde dann behauptet, der Krieg würde zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in Afghanistan und der Emanzipation der afghanischen Frauen geführt.

4. Afghanistan – die wirklichen Kriegsgründe und ihre Folgen

Immer deutlicher wird auch, dass die öffentlich geäußerten Begründungen für all diese Kriege vorgeschoben werden. Afghanistan ist dafür ein besonders anschauliches Beispiel. Dieses Land war schon lange von hohem Interesse für amerikanische Ölkonzerne, die von den Ölfeldern in den nördlichen Nachbarländern sichere Pipelines zu pakistanischen Häfen bauen wollten. Die Sicherung dieser für den Erfolg des Geschäftes wichtigen Installationen war zunächst den Kämpfern verschiedener ethnischer und islamistischer Gruppen zugeordnet, die in den frühen 90er Jahren von den USA in ihrem Kampf gegen die damalige Sowjetunion unterstützt wurden. Später schien es den USA opportun, sie durch die Taliban zu ersetzen (auch der verhasste Bin Laden war lange Zeit Partner des amerikanischen Geheimdienstes), als sogenannte Nordallianz wurden sie wieder die Verbündeten der USA im gegenwärtigen Krieg. Alle diese Gruppen haben sich schwerster Verletzungen der Menschenrechte schuldig gemacht und im Blick auf die Stellung der Frau in der Gesellschaft vertreten sie ähnliche Positionen. Das alles hat die USA nicht gehindert, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Anders als in den kirchlichen Konsenserklärungen gefordert, werden wirtschaftliche Interessen eindeutig den Menschenrechten übergeordnet, und es wäre heuchlerisch, hier von humanitären Interventionen zu sprechen. Es ist kein Geheimnis, dass die USA im Gefolge des Krieges darangehen, in Afghanistan und den benachbarten Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion militärische Stützpunkte zu errichten, um dauerhaft ihre wirtschaftlichen Interessen in der Region abzusichern. Was dabei herauskommen wird, kann man in Afghanistan besichtigen: Im Augenblick hat es den Anschein, dass die USA unter erheblichen Opfern der afghanischen Zivilbevölkerung das Land aus der Diktatur der Taliban in die Gewaltherrschaft rivalisierender Stammesführer und Warlords gebombt haben. Es mehren sich aber auch die Anzeichen dafür, dass – so die Analyse des renommierten Stratfor Institute vom 08.03.2002 – ein Guerilla-Krieg begonnen hat, in dem sich die verschiedenen afghanischen Gruppierungen gegen die amerikanischen Eindringlinge zusammenschließen, so wie sie es in den 80er Jahren gegen die Sowjetunion getan haben.

Deutschland hat sich in diesen Krieg hineinziehen lassen. In welchem Maße auch immer werden wir als Alliierte der USA politisch alles mitverantworten müssen, was in Afghanistan geschieht. Auch die Tatsache, dass die meisten deutschen Soldaten nur Sicherungsaufgaben in Kabul übernommen haben, ändert nichts an dieser kritischen Einschätzung der Situation. Jede Besatzungsarmee hat in aller Regel Einheiten abgestellt, um im besetzten Gebiet die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten.

Die ethische Bewertung des Einsatzes dieser Einheiten steht und fällt mit der Bewertung der ihrem Einsatz vorausgehenden Aggression bzw. Machtprojektion. Anders gesagt: Auch die Bundeswehrsoldaten in Kabul sind keine neutralen militärischen Ordnungshüter. Sie schützen vornehmlich eine amerikanische Marionettenregierung. Überdies ist die Bundeswehr mit ihren KSK-Kräften bereits in den sich entwickelnden Guerilla-Krieg eingebunden.

5. Weitere Kriege der USA – der Irak im Visier

Im Augenblick droht ein neuer Krieg gegen den Irak. Die Gefahr, dass Deutschland noch stärker als bisher in das Gewaltgeschehen verstrickt wird, ist besonders hoch. Die Bundeswehr hat Einheiten mit ABC-Spürpanzern in das dem Irak benachbarte Kuwait verlegt. Nach Aussagen von Experten verfügt der irakische Diktator Saddam Hussein allenfalls noch über Restbestände an B- und C-Waffen, besitzt aber keine Trägersysteme. Die Entsendung deutscher ABC-Schutzeinheiten muss im Zusammenhang mit der Tatsache gesehen werden, dass die USA sich vorbehalten haben, ihrerseits Atomwaffen auch gegen Nicht-Atomwaffenstaaten einzusetzen – im Widerspruch zu einem Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes, in dem er 1996 die Drohung mit und den Einsatz von A-Waffen für völkerrechtswidrig erklärt hatte.

Anfangs war der irakische Diktator von der amerikanischen Regierung als Mitverantwortlicher für das Attentat vom 11. 9.2001 ausgemacht worden. Sein Land wurde früh als Schauplatz im so genannten Krieg gegen den Terrorismus gehandelt. Später wurden Kriegspläne damit begründet, dass die USA die Gefahr beseitigen müssten, die von den irakischen Massenvernichtungsmitteln ausging. Inzwischen reden die USA offen von einem gewaltsamen politischen Systemwechsel hin zu einer repräsentativen Demokratie. Eine Berufung auf das Völkerrecht wird nicht einmal mehr versucht. Der Zynismus ist erschreckend, mit dem eine Regierung hier ihre Interessenpolitik kaschiert. Schließlich sind die USA zur Zeit mit dem pakistanischen Militärdiktator Musharaf verbündet, der in Pakistan die Demokratie abgeschafft hat, mit Sicherheit über Atombomben verfügt und grundsätzlich bereit ist, sie gegen seinen Nachbarn Indien einzusetzen. Den USA auf diesem Wege folgen hieße, die Relegitimierung des Faustrechtes in den internationalen Beziehungen zu fördern.

Ein wichtiges Element des in der Vergangenheit erzielten Konsenses war die Maxime: Gewalt eindämmen dadurch, dass an die Stelle des Rechtes des Stärkeren die Stärke des Rechtes tritt. Diese Perspektive geht auch im Irak-Konflikt völlig verloren. Wir erinnern daran, dass es im Nahen Osten einen atomar hochgerüsteten Staat tatsächlich gibt – Israel. Dessen Atomrüstung haben die USA gefördert. Israel wird zugestanden, was dem irakischen Diktator von Zeit zu Zeit als Beweis seiner Gefährlichkeit angelastet und als Kriegsgrund vorgehalten wird – es hat sich seit Jahrzehnten über wesentliche Resolutionen des UN-Sicherheitsrates folgenlos hinwegsetzen können. Meint jemand, es wäre so der arabischen Welt zu vermitteln, dass der Westen dabei ist, das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechtes zu ersetzen?

Der amerikanische Präsident hat inzwischen eine "Achse des Bösen" ausgemacht, die vom Irak über den Iran bis nach Nord-Korea reicht. Mag es im Falle von Nord-Korea und dem Iran um die Kontrolle eines geo-strategisch wichtigen Raumes gehen und die Ausschaltung des Einflusses von Regionalmächten, die dort relativ unabhängig von den USA eine politische Rolle spielen. Im Falle des Iraks geht es natürlich auch um die Kontrolle der dortigen Öl-Vorkommen. Das Gleiche dürfte für Somalia gelten, ebenfalls im Visier der "Anti-Terror-Krieger". Amerikanische Ölgesellschaften haben dort schon vor Jahren Schürfrechte erworben, die bisher nicht zu nutzen waren.

Die Entscheidungen und Pläne der amtierenden US-Regierung sind politisch zu kritisieren. Wir müssen uns aber auch damit auseinandersetzen, dass diese ihre Politik rechtfertigt in der Sprache eines christlichen Fundamentalismus: Die USA vertreten in der Welt das Gute, ihre Gegner – und Gegnerschaft bestimmt sich nach dem Motto "Wer nicht für mich ist, der ist wider mich" – sind die Repräsentanten des Bösen. Das ursprünglich für den Afghanistan-Krieg vorgesehene Code-Wort "Infinite Justice" deutet darauf hin, dass man im amerikanischen Regierungslager in dem Bewusstsein agiert, das jüngste Gericht vorwegzunehmen. Der amerikanische Präsident scheut sich nicht, den Namen Gottes zur Rechtfertigung seiner Kriegspolitik öffentlich zu missbrauchen. Um unserer eigenen Glaubwürdigkeit willen müssen wir diesem Missbrauch christlicher Überlieferung deutlicher widersprechen.

6. Globalisierung und Krieg

Hochrangige Vertreter der US-Administration überbieten sich mit Aussagen über die Länge des so genannten Anti-Terror-Krieges – sechs bis hundert Jahre sind im Gespräch. In der Tat droht ein Kriegszustand in Permanenz. Die angestrebte Hegemonie der USA über so große Räume dürfte ohne militärische Präsenz nicht aufrecht zu erhalten sein. Mittelfristig muss diese Politik aber auch zu gefährlichen Konflikten mit den Atommächten Russland und China führen, die ihrerseits an der Ausbeutung der innerasiatischen Öl- und Gasfelder interessiert sind. In Russland mehren sich bereits die Stimmen, die vor einer dauernden Anwesenheit amerikanischer Truppen in der Region warnen.

Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang daran, dass der US-Präsident plant, den amerikanischen Rüstungshaushalt für das Jahr 2003 auf die gigantische Summe von 379 Mrd. US-\$ anschwellen zu lassen. In den Folgejahren soll dieser Betrag auf ca. 470 Mrd. US-\$ – mehr als das Doppelte des Bundshaushaltes – steigen. Wer soviel Geld für Militär und Kriegsgerät aufwendet, schafft sich selbst einen Sachzwang, der ihn daran hindert, den Erfolg präventiver, gewaltfreier Mittel der Konfliktlösung wollen zu können. Wir erinnern an die Warnung vor der wachsenden, die Demokratie gefährdenden Einfluss des militärisch-

industriellen Komplexes, den der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower in seiner Abschiedsrede am 17.01. 1961 aussprach.

Die Sicherung von Ressourcen und Investitionen scheint in zunehmendem Maße weltweit den Einsatz militärischer Mittel zu verlangen. Gleichzeitig profitiert eine wuchernde Rüstungsindustrie von der damit gegebenen Form des Konfliktaustrags. Ein götzendienerischer Glaube vertraut darauf, dass allein die weitest gehende Entfesselung der Marktkräfte, Armut und Unterentwicklung in der Welt beseitigt wird. Stattdessen steht zu befürchten, dass wir dabei sind, eine neue Phase im "Hungerkrieg der Reichen gegen die Armen" zu entfesseln. Waren wir uns nicht auch darin einig, dass das Massenelend in den Ländern des Südens Nähr- oder Resonanzboden des Terrors ist?

7. Die zunehmende atomare Bedrohung

Mit erneutem Nachdruck müssen wir darauf hinweisen, dass die Wahrscheinlichkeit atomarer Terror- und Kriegshandlungen zunimmt. Die jüngste Stellungnahme der EKD zur Friedensfrage hat diese Gefahr bedauerlicherweise mit keinem einzigen Wort erwähnt.

Die etablierten Atommächte hatten sich im ersten Atomwaffensperrvertrag verpflichtet, ihre Potentiale abzurüsten. Sie sind dieser Verpflichtung, ohne die der Rest der Staatengemeinschaft keinen Grund gehabt hätte, auf den Besitz von Atomwaffen zu verzichten, nicht nachgekommen. Im Falle von Indien, Pakistan, Israel und dem Südafrika der Apartheid haben sie die atomare Rüstung zugelassen oder sogar gefördert. Sie tragen daher die Hauptverantwortung dafür, dass die Gefahr einer weiteren Proliferation akut ist. Immer mehr Staaten werden versuchen, in den Besitz atomarer Massenvernichtungsmittel zu kommen, aber auch Terroristen werden eine größere Chance erhalten, sich atomare Mordinstrumente zu beschaffen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges schien sich die Gefahr eines großen Atomkriegs zwischen den USA und Russland oder China entscheidend verringert zu haben. Allerdings haben die USA kürzlich den ABM-Vertrag gekündigt und den Aufbau eines nationalen Raketenabwehrsystems beschlossen, das die russischen und chinesischen Abschreckungspotentiale entwerten könnte. Sie weigern sich, einer weiteren Reduzierung der Zahl der vorhandenen Sprengköpfe im Rahmen völkerrechtlich bindender Verträge zuzustimmen. In diesen Tagen erfährt die entsetzte Weltöffentlichkeit sogar von neuen Atomkriegsplanungen der amerikanischen Regierung, die sich auch gegen Russland und China richten. Neue Waffen sollen aber auch entwickelt werden, die als Kriegsführungswaffen in regionalen Konflikten eingesetzt werden könnten.

Die Gefahren, die von der atomaren Rüstung ausgehen, waren nie ausgeräumt, sie haben eher zugenommen. Nach dem Ende des Kalten Krieges hatten wir das nahezu vergessen. Bereits die Entscheidungen früherer US-Regierungen, gegebenenfalls Atomwaffen gegen sogenannte "Schurkenstaaten" einzusetzen, haben das Risiko eines Atomkrieges vergrößert. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an das Votum von 75 katholischen Bischöfen aus den USA, die im Jahre 1998 im Blick auf die Atomrüstung ihres Landes, die trotz erneuter vertraglicher Abrüstungsverpflichtung erkennbar auf Dauer gestellt ist, vor einem nuklear gerüsteten neuen Militarismus warnten.

Die von diesen Waffen ausgehenden, die gesamte Schöpfung bedrohenden Gefahren ließen unsere Kirchen in der Vergangenheit mit äußerstem Nachdruck die atomare Abrüstung fordern. Der Kriegsdienst eines Christen in einer atomar gerüsteten Armee wurde immer stärker problematisiert, am Ende auch in den westdeutschen Kirchen nur noch als ethisch vertretbar erachtet, "in einem Rahmen, in welchem alle politischen Anstrengungen darauf gerichtet sind, Kriegsursachen zu verringern, Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktbewältigung auszubauen und wirksame Schritte zur Senkung des Rüstungsniveaus zu unternehmen" (Friedensdenkschrift der EKD von 1981).

In der gegenwärtigen Krise wird sichtbar, wie die USA mit ihrem Rechtsverständnis und ihrer Militärdoktrin ihre Verbündeten unter Zugzwang setzen. Daher muss die ethische Bewertung von Kriegsdienst und Sicherheitspolitik auch in unserem Land im Zusammenhang mit der größer werdenden Atomkriegsgefahr erfolgen.

8. "Dein Wille geschehe" – Krieg und Verelendung sind kein Schicksal

In Kirche und Gesellschaft erhebt sich an vielen Stellen Widerspruch gegen die rapide Re-Legitimierung des Krieges als eines Mittels der Politik. Aber dieser Widerspruch hat es sehr schwer. Mächtige Kapitalinteressen der globalisierten Wirtschaft scheinen sich unter Führung der USA ungenierter denn je daran zu machen, die ungerechte Ordnung der Weltwirtschaft militärisch zu sichern. Wer hier gegensteuern will, bekommt es – biblisch gesprochen – mit "Mächten und Gewalten" zu tun, die nicht nur über ungeheure militärische Machtmittel zur Durchsetzung ihrer Interessen verfügen, sondern auch auf eine Bewusstseinsindustrie zurückgreifen können, deren Fähigkeit zur Desorientierung und Einschüchterung des Widerstandes gewaltig sind (Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, dass gerade in den letzten Tagen führende Vertreter der US-Administration in zynischer Offenheit Pläne zur gezielten Desinformation der Weltöffentlichkeit erörterten).

Aber wer betet "Dein Wille geschehe", der wird sich nicht den Mächten des totalen Marktes, die den Starken belohnen und den Schwachen bestrafen, resignierend unterwerfen. Wer betet "Dein Wille geschehe", der rechnet auch in dieser Situation mit den Möglichkeiten, die der Gott des Friedens und der Gerechtigkeit eröffnet. Wer zu diesem Gott betet "Unser täglich Brot gib uns heute", für den ist das Überleben der Menschen nicht der Gnade des Mammons und des Marktes verdankt, sondern dem dreieinigen Gott und dem verantwortlichen solidarischen Handeln seiner Menschengeschöpfe. Wer betet "Erlöse uns von dem Bö-

sen“, der lässt sich an realistischer Einschätzung dieser destruktiven Kräfte und der “Strukturen der Destruktion” von niemandem überbieten. Jedoch wird er ermutigt, noch gegen allen Augenschein in Wort und Tat die scheinbare Allmacht dieser Kräfte zu bestreiten. Er kann darauf vertrauen, dass es andere Wege gibt, dem Bösen zu widerstehen, als den Weg eskalierender kriegerischer Gewalt. Wer betet “Vergib uns unsere Schuld”, der rechnet auch jetzt noch mit der Möglichkeit der Buße, der Möglichkeit eigener und fremder Umkehr auf den Weg des Friedens, der muss nicht der Menschenverachtung und Rechthaberei verfallen.

Freilich ist mehr gefordert als “Herr, Herr!” sagen, mehr als das Rezitieren und Diskutieren unserer Konsenserklärungen zum “Gerechten Frieden”. Es geht darum, jetzt in verantwortlichem Handeln die Konsequenzen zu ziehen aus den Einsichten, die Gott uns bisher geschenkt hat. Das Wissen um die Begrenztheit unserer Einsicht, unsere Unfähigkeit, die Folgen unseres Handelns und Urteilens mit Sicherheit abschätzen zu können, unsere Irrtumsfähigkeit sprechen nicht gegen das deutliche Wort und die verantwortliche Tat. Jesus wusste um all dies, als er in die Nachfolge rief, aber er hat nie die Unbedingtheit des Rufes relativiert mit dem Hinweis auf Begrenztheit der Einsicht, Schwäche und Angst derer, die ihm nachfolgten.

9. Was jetzt zu sagen und zu tun ist

Für die NATO, die eigentlich nicht mehr als ein Verteidigungsbündnis ist, sich aber zunehmend als Weltordnungsmacht auführt, wird Krieg und militärischer Druck wieder zu einem Mittel der Politik. Ihre Führungsmacht nimmt sogar das Recht für sich in Anspruch, begrenzte Atomschläge zu führen. Bundesregierung und weite Teile der Opposition wollen unser Land daran gewöhnen, Krieg und militärischen Druck wieder als normale Mittel der Politik hinzunehmen. Unter Berufung auf die geistlichen Einsichten, die der Christenheit seit dem Zweiten Weltkrieg zugewachsen sind, wiederholen wir mit den Brüdern und Schwestern im Ökumenischen Rat der Kirchen: “Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein!” Es gilt nach wie vor: “Der Weltfriede wird zur Lebensbedingung des technischen Zeitalters” (1. Heidelberger These). Dem Verdrängen und Relativieren dieser nach wie vor gültigen Einsichten müssen wir widerstehen.

Manchen von uns war der Kriegsdienst des Christen bisher ethisch tolerabel erschienen unter der Voraussetzung, dass Politik sich grundsätzlich und erkennbar an der ethischen Norm des gerechten Friedens orientiert. Es ist jetzt an der Zeit, dass wir die Christen und Christinnen im wehrfähigen Alter mit neuem Nachdruck fragen, ob sie unter den gegebenen Umständen noch Militärdienst leisten können.

Ferner sollten wir in Predigt, Unterricht, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit vertreten und fordern:

- keine Unterstützung der geplanten Kriege durch die Bundesrepublik, Rückführung der deutschen Soldaten aus allen Kriegs- und Aufmarschgebieten;
- Stop der Umrüstung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee und der Aufstockung des Verteidigungshaushaltes;
- Ernsthafte Anstrengungen, in EU und gegenüber den USA eine Politik konsensfähig zu machen, die – an Haushaltsansätzen erkennbar – vorrangig die Instrumentarien zur präventiven, zivilen und gewaltfreien Lösung internationaler und innerstaatlicher Konflikte im Rahmen einer zu reformierenden UNO entwickelt;
- das Zeichen des Zivilen Friedensdienstes weiter entwickeln und gezielt in unsern Gemeinden verankern.

Europa darf nicht, um weltpolitisch handlungsfähig zu bleiben, die aberwitzigen Aufrüstungspläne der USA imitieren wollen. Ein solcher Rüstungswettlauf wäre nicht zu gewinnen. Europa muss Zivilmacht werden, “in dem es seine Schwäche zu seiner Stärke macht” (Wolfgang Thierse), d.h. durch Verträge, Weiterentwicklung echter Systeme kollektiver Sicherheit, Zusammenarbeit und präventive Diplomatie unter Gewaltverzicht echte Stabilität schafft. Es geht hier nicht um die bloße Proklamation einer Gesinnung, sondern um realpolitische Notwendigkeit: Die hochentwickelten Industriegesellschaften sind so verletztlich geworden, dass sie militärisch nicht mehr gegen terroristische Angriffe gesichert werden können.

In nahezu allen Fällen dauerhafter militärischer Konflikte als Folge des Zusammenbrechens staatlicher Strukturen in Ländern der Dritten Welt sind wirtschaftliche Interessen aus dem nordatlantischen Raum konfliktverschärfend im Spiel. “Die Menschen mit ihren Bedürfnissen, in Frieden zu leben, geraten unter den Druck einer ungebrochenen Rüstungs- und Konfliktdynamik” (“Rüstungsexportbericht 2001” der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung). Dies ist stärker in die friedensethische Diskussion einzubringen. Die Erfahrungen der Arbeitsstäbe von Missionswerken, dem Evangelischen Entwicklungsdienst und der Ökumenischen Diakonie sind noch mehr zu nutzen. Wir müssen dafür eintreten, dass auch diese Konflikte an den tatsächlichen Ursachen orientiert mit den Mitteln ziviler Politik bearbeitet werden. Die Tatsache dass unter dem Druck der Globalisierung und unter der Mitverantwortung der Industriestaaten des Nordens in der Dritten Welt sogenannte “Gewaltmärkte” entstehen, darf nicht missbraucht werden zur Rechtfertigung neuer hegemonialer Kriege.

Verstärkt müssen wir dafür eintreten, dass die gegenwärtige Richtung des Globalisierungsprozesses korrigiert wird. Menschenrechte können auf Dauer nur gesichert werden durch eine Politik, die sich wieder ihrer Verantwortung stellt, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte, die massenhaft Elend produzieren und den Nährboden für Gewalt und Terrorismus darstellen, abzubauen.

Damit sind erneut auch Fragen unserer persönlichen Glaubwürdigkeit aufgeworfen. Viele von uns haben sich in der Vergangenheit verpflichtet, einen einfachen Lebensstil zu entwickeln, weil sie darin eine Voraussetzung für ein ökologisch nachhaltiges und gerechtes Wirtschaften in der Welt sahen. Als Begünstigte der ungerechten Verteilung des Reichtums in der Welt hat-

ten wir uns die Maxime zu eigen gemacht: "Einfacher leben, damit die anderen einfach leben können." Es ist an der Zeit, diese Selbstverpflichtung zu erneuern.

Freilich dürfen wir nicht übersehen, dass die Auswirkungen einer einseitig am Kapital orientierten Globalisierung auch in unserem Land immer mehr Menschen in Armut stürzen oder zumindest in eine prekäre wirtschaftliche und soziale Lage bringen. Ein einfacherer Lebensstil muss kenntlich sein als Zeichen des Eintretens für den Erhalt eines solidarischen Systems sozialer Sicherung, sowie einer sozialstaatlich abgesicherten menschenwürdigen Arbeits- und Lebenswelt.

Die Terrorakte vom 11. September 2001 haben bei vielen Menschen das Gefühl einer fundamentalen Bedrohung ihrer Lebensweise und Existenz durch den islamistischen Terrorismus hervorgerufen. Die Regierungen sprechen von einem Angriff auf die "zivilisierte Welt" und schüren damit auch das Gefühl, dass uns allen, die wir uns zu dieser Welt rechnen, Unrecht geschehen ist oder doch droht. Forderungen nach Strafe und Vergeltung erleichtern den Politikern die Entscheidung, den ausweglosen Weg der Gewalt zu gehen, um die Bedrohung durch terroristische Gewalt, die aus der Welt jenseits der "Zivilisation" kommt, weitmöglichst zu eliminieren.

Beim zweiten Friedensgebet der Religionen, zu dem der Papst nach Assisi eingeladen hatte, erklärten Sprecher der römisch-katholischen Kirche: "Kein Friede ohne Gerechtigkeit, keine Gerechtigkeit ohne Vergebung!" Christinnen und Christen beten das Vaterunser auch im Zusammenhang der Ereignisse des 11. Septembers 2001. In bewundernswerter Weise haben sich einige der Eltern und Verwandten der Opfer zu dem unbedingten "Wie auch wir vergeben unsern Schuldigern" bekannt. Sie sind dem amerikanischen Präsidenten öffentlich entgegengetreten und haben ihm die moralische Legitimation für seinen Krieg entzogen mit den Worten "Nicht im Namen unseres Sohnes!" Sie sind, noch während die amerikanischen Bomben fielen nach Afghanistan gereist, um ein Zeichen der Solidarität mit den dortigen Opfern zu setzen.

Aber wir sind auch immer diejenigen, die "Vergib uns unsere Schuld" zu beten haben. Das hat etwas zutiefst Befreiendes. Wo ernsthaft so gebetet wird, gibt es keinen Grund mehr, die Welt in Gut und Böse zu teilen – wesentliche Voraussetzung für schrankenlose kriegerische Gewalt. Es macht es uns aber auch leichter, unsern Anteil an der Verursachung der Gewalt, die uns noch mitten in den Zitadellen wirtschaftlicher und militärischer Macht bedroht, zu entdecken und anzuerkennen. Diese Einsicht ist den kirchlichen Verlautbarungen der letzten Jahre nicht völlig fremd. So heißt es etwa im Friedenswort der katholischen Bischöfe: "Das Leitbild des gerechten Friedens beruht auf einer letzten Endes ganz einfachen Einsicht: Eine Welt, in der den meisten vorenthalten wird, was ein menschenwürdiges Leben ausmacht, ist nicht zukunftsfähig. Sie steckt auch dann voller Gewalt, wenn es keinen Krieg gibt. Verhältnisse fortdauernder schwerer Ungerechtigkeit sind in sich gewaltgeladen und gewaltträchtig." Die Kirchen hätten die Möglichkeit – und sollten sie nutzen – noch deutlicher auszusprechen, dass die Gewalt die sogenannte zivilisierte Welt nicht von außen bedroht, sondern von ihr selbst ausgeht. Sicher herrschen in vielen Ländern der Dritten Welt korrupte Eliten, aber sie tun es oft als Nutznießer und Handlanger mächtiger wirtschaftlicher und politischer Interessen der westlichen.

10. Israel

Als Christen und als Deutsche müssen wir uns erneut fragen, was Solidarität mit Israel zum gegenwärtigen Zeitpunkt bedeutet. Der ungelöste israelisch-palästinensische Konflikt, verschärft durch das hilflose Agieren der EU und die interessengeleitete Parteinahme der USA, droht den gesamten Nahen Osten zu destabilisieren. Darüber hinaus scheint er dem Terrorismus, soweit er sich islamistisch rechtfertigt, eine überzeugende Legitimation zu liefern. Entscheidend ist dabei nicht, wie schlüssig der behauptete Zusammenhang zwischen aktueller terroristischer Tat und ihrer Begründung ist, sondern dass der behauptete Zusammenhang für viele Menschen im arabisch-islamischen Raum – und darüber hinaus in der gesamten Dritten Welt – von hochgradiger Plausibilität ist.

Dennoch bleibt Solidarität mit Israel geboten, orientiert an der gemeinsamen Berufung von Juden und Christen, in Erinnerung an die besondere Schuld, die Christen, vor allem in Deutschland auf sich geladen haben. Allerdings können wir nicht davon absehen, dass die israelische Gesellschaft zur Zeit im Blick auf den Konflikt mit den Palästinensern zutiefst gespalten ist. Solidarität mit Israel kann aber nie in einer unkritischen oder grundsätzlich affirmativen Haltung gegenüber der Politik der gerade amtierenden israelischen Regierung bestehen, selbst wenn diese die Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren sollte. Eine am Gebot Gottes und darum heute am Völkerrecht und den Menschenrechten orientierte Solidarität, wird grundsätzlich auf der Seite derjenigen Menschen in Israel stehen, die für ein Ende der israelischen Siedlungs- und Besatzungspolitik eintreten und einen lebensfähigen eigenen Staat für die Palästinenser fordern – bei sicheren Grenzen auch für den Staat Israel. Nur auf einer solchen Basis können wir glaubwürdig von den Palästinensern ein Ende der Gewalt verlangen. Das christlich-jüdische Gespräch kann in der Hoffnung geführt werden, dass sich in ihm Quellen des gemeinsamen Friedenshandelns erschließen. Die Wirklichkeit des aktuellen, den Weltfrieden bedrohenden Konfliktes darf aber nicht ausgeklammert werden.

11. Verbündete suchen und den demokratischen Diskurs wiederbeleben

Die genannten Aufgaben können wir nicht allein als christliche Aktionsgruppe oder Kirchengemeinde schultern. Ein Teil unserer Arbeit wird gerade darin bestehen, Verbindung zu suchen und zu knüpfen mit allen Menschen guten Willens in Nachbarschaft, Gewerkschaft oder Parteien. Wichtig scheint uns besonders, Kontakt aufzunehmen zur neuen globalisierungskritischen

Basisbewegung (ATTAC), die den Zusammenhang von Globalisierung und Krieg mit neuem Nachdruck bearbeitet. "Der Geist weht, wo er will."

Allerdings beobachten wir mit großer Sorge, dass es in Deutschland keine, dem Ernst der weltpolitischen Umbruchssituation angemessene öffentliche Auseinandersetzung gibt, wenngleich Grund zur Annahme besteht, dass große Teile der Bevölkerung die Militarisierung der Außenpolitik missbilligen. Wir nehmen durchaus wahr, dass es in Parteien und gesellschaftlichen Gruppen immer noch Menschen gibt, die sich ernsthaft darum bemühen, das ethische Konzept eines gerechten Friedens in praktische Politik umzusetzen. Handelnde Politiker müssen jedoch Macht erwerben und ihren Erhalt sichern, um im nationalen und internationalen Kontext handlungsfähig zu bleiben. Dabei ist es offensichtlich schwer, die Fähigkeit zu behalten und zu entwickeln, den öffentlichen demokratischen Diskurs über die politischen Ziele einer Gesellschaft, redlich und sachlich zu organisieren. Die allzu häufige Auskunftsverweigerung mit Hinweis auf die Komplexität der Dinge oder die gebotene Vertraulichkeit im Umgang mit anderen Regierungen, das Argumentieren mit Staats- und Bündnisraison, die öffentlich gespielte Unwissenheit über bedenkliche Entwicklungen, wenn in Amerika schon die Spatzen die konkreten Kriegspläne von den Dächern pfeifen, und das Einfordern von möglichst unkritischem Vertrauen befördern den öffentlichen Diskurs nicht. Ein solches Verhalten beschädigt die Demokratie. Im Obrigkeitsstaat ist Vertrauen eine Bringschuld des Untertanen, in der Demokratie ist konkret nachvollziehbare Vertrauenswürdigkeit eine Bringschuld der Regierung.

Das heißt, wir müssen uns auch dafür einsetzen, dass in der Gesellschaft auf breiter Basis das öffentliche Gespräch über die gefährlichen Umbrüche in der deutschen und internationalen Politik in Gang kommt. Dass de facto eine große Koalition die Sicherheitspolitik im Parlament diskutiert und Alternativen nicht hinreichend erörtert werden, kann nur korrigiert werden durch einen dem Ernst der Situation angemessenen intensiven politischen Diskurs der gesellschaftlichen Basis. Gerade weil die Handlungsspielräume der Politiker begrenzt sind, brauchen sie den Druck der Basis, um neuen Spielraum zu gewinnen. Christen und Christinnen sollten das Ihre dazu beitragen, den Raum dafür zu schaffen, dass endlich Widerspruch gegen die Sicherheitspolitik von Regierung und liberal-konservativer Opposition auf breiterer Basis sich äußert. Es ist zu erwarten, dass politische Akteure, die Alternativen durchsetzen wollen, so ermutigt werden.

12. Das ernsthafte Gebet in ökumenischer Gemeinschaft

Es hat seinen Grund, dass wir erst jetzt von diesem unverzichtbaren und unverwechselbaren Element im Friedensdienst der Christen sprechen. Die Bibel sagt: "Des Gerechten Gebet vermag viel, wenn es ernstlich ist" (Jakobus 5,16). Das Vorausgehende ist auch ein notwendiger Versuch, Kriterien der Ernsthaftigkeit unseres Friedensgebetes zu entwickeln.

Unverzichtbarer Auftrag der Christinnen und Christen bleibt angesichts der Bedrohungen, die auf uns zukommen, das ausdauernde Gebet. Wer in persönlicher Zwiesprache mit Gott, in Andacht oder Gottesdienst konkret und informiert um den vom Gebote Gottes geforderten gerechten Frieden betet, wer den Gott des Friedens anbetet, der unterbricht die Zwangsläufigkeit der Herrschaft jener Mächte und Gewalten, welche die Menschheit in Gewinner und Verlierer spalten und so die Spirale von Gewalt und Gegengewalt in Gang setzen. In solchem Beten wird schon der Friede Gottes wirklich und es schafft Raum für weitere Schritte auf dem Weg des Friedens. Gerade weil die Gefühle der Ohnmacht so nahe liegen angesichts der scheinbaren Eingesetzlichkeit mächtiger Wirtschaftsinteressen und gewalttätigem Hass, nehmen wir dankbar diese Kraftquelle in Anspruch im Kampf gegen die Resignation.

Wer sich betend dem göttlichen Du öffnet, kann sich nicht gegenüber dem anderen Menschen verschließen, der nach dem Bilde Gottes geschaffen ist. Das Gebet widerstreitet so der Versuchung des Hasses und des Zynismus. Es hebt uns immer wieder aktuell die Personwürde des anderen ins Bewusstsein und begründet so im Tiefsten die Notwendigkeit und die Möglichkeit zu gewaltlosem Friedenshandeln.

Es ist bewegend zu erleben, dass sich trotz aller Widrigkeiten auch Menschen, die das Evangelium des Friedens nie vernommen haben, für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen. Wo Menschen gleich welcher Grundorientierung beginnen, der Gewalt und der Zerstörung von Gemeinschaft zu widerstehen, spüren wir etwas vom Geiste Gottes, der nicht aufhört, sein Geschöpf mit seiner schöpferischen Kraft zu begleiten. Hoffnung, die ausdauernd den Weg des Friedens gehen lässt, kann sich aber weniger denn je an den realen historischen Entwicklungen festmachen. Pessimismus ist so gesehen nicht unvernünftig, Resignation liegt nahe. Hoffnung muss von innen kommen als Kraft, die unabhängig wirkt und bleibt, vorantreibend noch auf langen Durststrecken, auf denen sich kein Erfolg einstellt. Wir sind der Überzeugung, dass das Gebet eine überströmende Kraftquelle ist, anziehend und notwendig auch für die, die zunächst dem Evangelium fern sind.

Wir sagen das mit der gebotenen Demut. Einer, der nach den Anschlägen vom 11. September 2001 mit größter Entschiedenheit den Westen auf den Weg der Gewaltlosigkeit gerufen hat, war der Dalai Lama. "Dies ist eine große Chance für die Gewaltlosigkeit, eine große Chance" erklärte er zwei Tage nach dem Attentat. Das soll uns auch ermutigen, ernsthaft den Dialog mit den anderen Religionen zu suchen. Die besondere Bedrohung, die auf die Welt im Ganzen zukommt, zwingt uns nicht, unsere christliche Identität preiszugeben. Sie macht es aber dringlicher denn je, Möglichkeiten gemeinsamen Friedenshandelns zu suchen und zu nutzen. Der Möglichkeit des gemeinsamen Gebetes sollten wir uns nicht verschließen.

Freilich war der Dalai Lama nicht der einzige, der so eindeutig dazu aufrief, das Böse mit Gutem zu überwinden (Römer 12,21). Auch der Ökumenische Rat der Kirchen erklärte: "Wir verabscheuen Krieg. Die erste Versammlung des ÖRK im Jahr 1948 benannte Krieg als Sünde gegen Gott und die Menschheit. Wir glauben nicht, dass Krieg jemals eine effektive Antwort

auf die abscheuliche Sünde des Terrorismus sein kann – vor allem nicht in der heutigen hoch technisierten Welt.“ Das erinnert uns an die Bedeutung des gemeinsamen Betens, Nachdenkens und Handelns in der Gemeinschaft des Ökumenischen Rates der Kirchen. Lasst uns neu diese Gemeinschaft suchen. Das gilt auch für die Gemeinschaft in den Kirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen, die vielfältigen ökumenischen Partnerschaften, die sich in den vergangenen Jahren entwickelt haben. Wir werden nicht allein widerstehen können.

Angesichts der besondere Rolle, welche die USA in der gegenwärtigen Krise spielen, ist es wichtig, jede Möglichkeit zum ökumenischen Gespräch mit den amerikanischen Kirchen zu nutzen. Auch dort regt sich Widerstand gegen die Kriegspolitik der US-Regierung. Es ist schwer vorstellbar, wie sich ohne eine starke Friedensbewegung an der Basis der amerikanischen Gesellschaft die globale Gewalt eindämmen lässt.

Nutzen sollten wir auch die Möglichkeiten der diesjährigen ökumenischen Friedensdekade. Ihr Motto “Habt keine Angst!” (Matthäus 8,26) benennt unser größtes Problem. Der dieses Wort gesprochen hat, bleibt unsere Hoffnung.

13. Dekade und friedensethischer Dambruch

Wir freuen uns über alle Aktivitäten, die in unserer Landeskirche im Zusammenhang mit der ökumenischen Dekade zur Überwindung der Gewalt angelaufen oder geplant sind. Wir möchten unser Anliegen in diesen Zusammenhang einbringen. Gewalt hat viele Gesichter, und daher werden im Rahmen der Dekade die unterschiedlichsten Gewaltphänomene zu bearbeiten sein. Wir müssen nicht alle dasselbe tun, aber wir sollten von einander wissen und als Kirche Jesu Christi vor Ort einen gemeinsamen Weg suchen. So meinen wir, dass die sich zuspitzenden internationalen Konflikte, sowie die Gewalt der Terrorakte, der Militärhaushalte, der bindungslosen Kapitalströme und ihr ständiger Widerhall in den Medien einer besonderen Beachtung im Rahmen der Dekade bedarf. Das alles betrifft uns. Wir werden es erleiden, und es geschieht auch in unserem Namen. Wir müssen uns dazu verhalten. Unser aller Glaubwürdigkeit wird daran hängen, wie wir uns als Glieder der Gemeinde Jesu Christi dazu verhalten.

Dieser Aufruf wurde unterzeichnet von: Dietrich Becker-Hinrichs, 79232 March; Katharina Bühling, 75180 Pforzheim; Hans-Georg Dittrich, 69502 Hemsbach; Dr. Ulrich Duchrow, 69124 Heidelberg; Dr. Matthias Engelke, 55743 Idar-Oberstein; Beata Friederich, 75173 Pforzheim; Ullrich Hahn, 78050 Villingen; Dr. Dirk-M. Harmsen, 76139 Karlsruhe; Albrecht Herrmann, 88677 Markdorf; Martin Höfflin, 76137 Karlsruhe; Dr. Gerhard Liedke, 69124 Heidelberg; Marion Liedke, 69124 Heidelberg; Johannes Maier, 79183 Waldkirch; Hartmut Müller, 74909 Meckesheim; Bettina Ott, 79733 Görwihl; Dr. Albert Schäfer, 69469 Weinheim; Jürgen Stude, 76010 Karlsruhe; Gerlinde Vetter, 76530 Baden-Baden; Wenz Wacker, 69469 Weinheim; Dr. Wilhelm Wille, 79238 Ehrenkirchen; Dietrich Zeilinger, 76185 Karlsruhe; Helmut Zeilinger, 79100 Freiburg

Kontakt: Pfarrer Dr. Albert Schäfer, Evang. Pfarramt der Markuspfarrei, Ahornstr. 50, 69469 Weinheim, Tel.: 06201-12589, Fax: 06201-42490, eMail: EvMarkuspfarrei-Whm@t-online.de.